

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / **Wöchentliche Beilage:** „Kamminne Sonntagsblatt“ und „Mittwochs-Unterhaltungsblatt“. / **Bezugspreis:** Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streifen usw. erfüllt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spalten des Preiskurses ober deren Raum 15 Pfg., die Spalten des Preiskurses 40 Pfg., Anstufungsgebühr 50 Pfg. Für Anzeigen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederbelegung unbedingt gesondert anfragen. / **Belegpreis:** Die Spalten des Preiskurses ober deren Raum 15 Pfg., die Spalten des Preiskurses 40 Pfg., Anstufungsgebühr 50 Pfg. Für Anzeigen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederbelegung unbedingt gesondert anfragen. / **Belegpreis:** Die Spalten des Preiskurses ober deren Raum 15 Pfg., die Spalten des Preiskurses 40 Pfg., Anstufungsgebühr 50 Pfg. Für Anzeigen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederbelegung unbedingt gesondert anfragen.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 73

Dienstag, den 23. Juni 1931

33. Jahrg

Donnerstag, den 25. Juni, 14 Uhr.

Mütterberatungsstunde

im Bürgeraal.
Kemberg, den 22. Juni 1931.

Der Magistrat.

Europa-Hilfsaktion der USA.

Zwei bis drei Jahre Zahlungsaufschub. — Riesenbereitschaftsaktion?

New York, 21. Juni.

Die alarmierenden Berichte des Schatzsekretärs Mellon über die katastrophale Notlage Deutschlands haben Hoover veranlaßt, von sich aus Schritte zu unternehmen, um der drohenden Gefahr eines völligen Zusammenbruchs der deutschen Zahlungskraft rechtzeitig zu begegnen.



Präsident Hoover.

Das ist nach Ansicht maßgebender politischer und wirtschaftlicher Kreise der Sinn einer Erklärung des Weißen Hauses. Wie bringt dem Präsidenten die Initiative der USA, erfolgt, erhellt aus der Tatsache, daß er nach seiner Rückkehr von der Vortragsreise durch den Mittelwesten unverzüglich die Parteiführer beider Kongreßhäuser sowie den Unterstaatssekretär des Schatzamtes Mills und den stellvertretenden Handelssekretär Julius Klein zu sich berief.

Das „erfreuliche Entgegenkommen“, das Hoover sowohl bei der Regierungspartei als auch bei der demokratischen Opposition fand, kann als Gewähr dafür gelten, daß die Regierung mit einer bereitwilligen parlamentarischen Unterstützung für jede als zweckmäßig oder notwendig erkannte Maßnahme rechnen darf.

Welche Mittel die Regierung einsetzen wird um den „wirtschaftlichen Wabrand“ Deutschlands zu bekämpfen, läßt sich heute noch nicht mit völliger Gewißheit sagen. Hoover selbst betonte, daß noch keinerlei Beschlässe gefaßt seien, und alle Maßnahmen würden durch Tatsachen nicht gerechtfertigt. Eine sofortige Revision oder gar Streichung bestehender Schulden komme schon wegen der innerpolitischen Lage natürlich nicht in Frage. Die Entlastungsaktion könne daher ausschließlich in der Richtung eines allgemeinen Zahlungsaufschubes sowohl der Reparationen als auch der interalliierten Schuldenszahlungen oder in einem Riesenkredit Deutschlands liegen. Beide Möglichkeiten werden hier ernsthaft erörtert. Die Alliierten hätten auf Grund der Tilgungsabkommen das Recht, die Zahlung auf Schuldkapital, nicht aber die Zinszahlungen zu suspendieren. Da die letztgenannten Zahlungen jedoch weitaus den größten Teil der interalliierten Tilgungseinstellungen ausmachen, könnte ein Zahlungsaufschub nur wirksam sein, wenn er auch die Zinszahlungen umfasse.

Es wird daher mit Bestimmtheit angenommen, daß Hoover den Kongreß auffordern wird, die ehemaligen Kriegesverbündeten für einen Zeitraum von zwei bis drei Jahren von der Zinszahlungsverpflichtung zu befreien, vorausgesetzt, daß die alliierten Mächte Deutschland einen Zahlungsaufschub von gleicher Dauer zugestehen.

Ueber die Frage, wann der Präsident mit seinem Stützungsplan herauskommen wird, gehen die Meinungen auseinander. Alle sind aber überzeugt, daß schon die Anticipation der amerikanischen Initiative eine wesentliche Entspannung herbeiführen werde.

Hand in Hand mit dem Zahlungsaufschubplan geht der von der hiesigen Finanzwelt unterstützte Vorschlag, der Reichsbank bei der Federal Reserve Bank in New York einen Bereitschaftskredit von 300 Dollarmillionen zur Verfügung

zu stellen, dessen Vorhandensein allein genügen würde, das Vertrauen in die deutsche Währung restlos wiederherzustellen, ohne daß es vielleicht nötig wäre, den Kredit wirklich in Anspruch zu nehmen.

Es läßt sich zur Stunde jedoch nicht feststellen, wieweit diese Gerüchte den Tatsachen entsprechen. Die Vermutung des Finanzplatzverständigen der „Times“, daß der Kredit möglicherweise 800 Dollarmillionen betragen werde, scheint immerhin etwas übertrieben zu sein. Etwa beachtet wird hier der Umstand, daß die nächste alliierte Zinszahlung erst am 15. Dezember fällig wird. Da der Kongreß am 7. Dezember zusammentritt, bliebe der Regierung ausreichend Zeit, eine eventuelle Zahlungsaufschubvorlage durchzuspitzen, um so mehr, als sie die „Europa-Hilfsaktion“ jedes parteipolitischen Charakters entfallen wird.

Die Auffassung in Berlin.

Die Mitteilungen über ein bevorstehendes Eingreifen Hoovers verdienen ernsthafte Beachtung aus dem Grunde, da sie offenbar in Zusammenhang zu bringen sind mit den Gesprächen, die die englischen Staatsminister in Gueaters mit dem Reichsminister Dr. Brüning und dem Reichsaussenminister Dr. Curtius hatten. Die Initiative Hoovers ist ein Zeichen dafür, daß der Ernst der deutschen Gesamtlage im Ausland verstanden und anerkannt worden ist, und zwar in dem Sinne, daß eine Hilfeleistung notwendig ist. Auf der anderen Seite ist aber von einer ersten Mitteilung über eine Initiative Hoovers bis zu praktischen Ergebnissen ein sehr weiter Weg, und es wäre falsch, sich jetzt bereits Illusionen über eine weitreichende amerikanische Initiative in der Reparationsfrage hinzugeben. Die Erörterungen über das Feiertagsjahr, in dem Deutschland keinerlei Zahlungen zu leisten braucht, sind zwar schon ziemlich weit gediehen, doch hat sich bisher noch kein Weg gezeigt, wie die Ansprüche der amerikanischen Bonds-Inhaber befriedigt werden können. Das aber ist von Bedeutung für die Wohlstandswelt des nächsten Jahres. Es muß deshalb abgewartet werden, ob im Hinblick auf die Reihe von Mellon und Stimlon der Kongreß sich schnell zur praktischen Hilfeleistung entschließen wird. Auf deutscher Seite wird nach wie vor die Auffassung vertreten, daß diese Seite des Reparationsproblems in erster Linie eine Angelegenheit zwischen den Vereinigten Staaten und den Gläubigermächten ist.

Ein Weltschulden-Festjahr.

Wirtschaftliche Erholung der Welt.

Washington, 21. Juni. Präsident Hoover überreichte den Völkern und Völkern der beteiligten Mächte, darunter der deutschen Völkern, eine Erklärung, in der die amerikanische Regierung einen einjährigen Zahlungsaufschub für alle Reparations-Schulden und Reparationen vorschlägt.

Berlin stimmt zu.

Berlin, 21. Juni. Wie amtlich mitgeteilt wird, hat die deutsche Regierung ihre Zustimmung zu dem Vorschlag des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Hoover, durch den deutschen Vertreter in Washington der amerikanischen Regierung sofort übermitteln lassen.

England einverstanden.

Washington, 21. Juni. Die amerikanische Regierung hat neben der Zustimmung der deutschen auch die der englischen Regierung an den Vorschlag des Präsidenten Hoover erhalten.

Zustimmung in Italien.

Rom, 21. Juni. Die italienischen Regierungskreise billigen vollkommen den Moratoriums-Plan des Präsidenten Hoover und sind bereit, an seiner Verwirklichung mitzuarbeiten, da der Plan mit der früheren Haltung Italiens übereinstimmt.

Italien habe stets erklärt, daß es mit einer allgemeinen Suspendierung der zwischenaufgeführten Zahlungen einverstanden sei, zumal die Schuldenszahlungen, die Italien zu leisten habe, ebenso viel betragen wie der ihm aus den deutschen Reparationszahlungen zulebende Betrag.

Frankreich kündigt Widerstand an.

Paris, 21. Juni. Das verbreitet folgende halbamtliche Mitteilung: In autorisierten Kreisen weiß man die Bedeutung und die Höhe der Zahlungen der Vereinigten Staaten wohl zu schätzen, betont aber die Notwendigkeit den Moratoriumsplan mit dem Youngplan in Einklang zu bringen. Ein Meinungsaustrausch darüber würde zwischen den verschiedenen Regierungen vor dem eventuellen Zusammentritt einer internationalen Konferenz für die zur Zeit noch kein Zeitpunkt festgelegt werden könne, stattfinden müsse.

MacDonald flieht nach Berlin.

Die „Erhebung-Telegraph-Company“ meldet, daß der englische Ministerpräsident MacDonald die Reise nach Berlin am 17. Juli mit dem Flugzeug ausführen wird, gutes Wetter vorausgesetzt. MacDonald habe die Absicht, bei gutem Wetter auch auf dem Luftwege nach London zurückzufahren. Es wird damit gerechnet, daß er am Montag, den 20. Juli, Berlin wieder verläßt.

Der Kampf um die Devisen.

Die Beunruhigung, die auf den internationalen Geldmärkten im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der Oesterreichischen Kreditanstalt entstanden war, darf als überwunden gelten. Die rigorose Discontenerhöhung der Reichsbank hat in der Londoner City außerordentlich günstig gewirkt. Das Institut für Konjunkturforschung veröffentlicht in seinem letzten Wochenbericht eine Analyse der Geldmärkte, welche die zur Discontenerhöhung geführt haben und erörtert die Möglichkeiten der Reichsbank, ihre Position auf dem Devisenmarkt zu verteidigen. Hierzu ist zu bemerken, daß die in der Tabelle genannten Discontenätze zwar im Geleg vorgezogen sind, aber kaum jemals wirksam werden dürften, weil schon die erste Erhöhung genügt würde, das Devisenverhältnis zu corrigieren.

Vom Ende Mai bis zum 10. Juni hat die Reichsbank rund 800 Millionen RM an Gold und Devisen verloren. Ihr Bestand an Deckungsmitteln dürfte somit, wenn man die unter Wechsel und Schatz der verbuchten Devisen miteinrechnet, von 2,8 Milliarden RM auf rund 2 Milliarden RM zusammengeschwunden sein. In dem Zeitraum, weitere Abzüge zu verhindern, wurde der Reichsbankdiscont am 13. Juni von 5 auf 7 % erhöht. Nur 1922 und 1923, d. h. in Zeiten schlimmer Inflation, hat die Reichsbank in ihrer Discontopolitik zu einem so drastischen Mittel, wie es eine Discontenerhöhung um gleich 2 % darstellt, gegriffen.

Viele Vorgänge sind Ausdruck einer überlegierten Vertrauenskrise. Zum drittenmal im Verlauf des bisherigen Konjunkturabstimmungs großen damit Maßnahmen, die zur Sicherung des Zahlungssystems notwendig wurden, föhrend in den Wirtschaftskreislauf ein. Criminals geschah dies im Frühjahr 1929, als im Zusammenhang mit der Pariser Reparationsverhandlungen plötzlich Kredit-zurückziehungen vornehmlich durch französische Banken einleitet; zum zweitenmal jedoch im Herbst 1930, als im Zusammenhang mit den Reichstagswahlen die Kapitalflucht sprunghaft hervortrat.

Der diesmalige Druck auf die Markt ist auf eine Reihe verschiedenartiger Faktoren zurückzuführen. Zunächst ist zu berücksichtigen, daß die Folgen der Kreditfälligerhöhung zum Herbst 1930 noch keineswegs überwunden waren; dies geht aus der anhaltend großen Spanne hervor, die zwischen den deutschen Zinssätzen und denen der wichtigsten ausländischen Geldmärkte bestand. Den ersten Anstoß zum aktiven Wiederausbruch des Misstrauens bildete der Zusammenbruch der Oesterreichischen Kreditanstalt. In ungenügender Kenntnis der deutschen Wirtschaftsverhältnisse ließ sich ein Teil des Auslandes zu einer eigenmächtigen Übertragung der Geldanlagen mit Deutschem auf Deutschland festhalten. Neue Abregung erhielt die hierdurch entstandene Beunruhigung durch die Erörterungen über ein Reparationsmoratorium. Neue Kredite wurden deshalb kaum noch erteilt, alle gefündigt. Mit fortschreitender Anspannung des Devisenmarktes und weiterem Sturz der Effektenkurse sowie mit steigender innerpolitischer Spannung traten in späterer Folge auch aus dem Inland härtere Ansprüche an den Devisenmarkt hervor. Zu alledem kam hinzu, daß Kurze Devisen und Preise an den internationalen Effekten- und Warenmärkten bei Boden empfindlich gelunken waren, so daß die besonders aus den deutschen Verhältnissen entstandenen Beunruhigungsmomente auf ein für Börsenmärkte nur vorbereitete Feld trafen. Ihre größte Zuspitzung erreichte diese Entwicklung am Freitag, den 12. Juni, an dem die Reichsbank schätzungsweise 200 Millionen RM an Gold und Devisen verlor.

Am 6. Juni betrug der Umlauf an Reichsbanknoten 4,079 Milliarden RM. Am Durchschnitt der letzten Jahre hat der Notenumlauf von der ersten zur vierten Juniwoche um rund 800 Millionen RM zugenommen. Sicherlich wäre, wenn der Notenumlauf auch in diesem Jahre die normale Umlaufausdehnung annähme und die 40prozentige Deckung innegehalten werden soll, Ende Juni bei einem Notenumlauf von rund 4,4 Milliarden RM ein Gold- und Devisenbedarf von rund 1,75 Milliarden RM erforderlich. Für den 15. Juni wurde ein Gold- und Devisenbestand von schätzungsweise 2,2 Milliarden RM ermittelt, also ein Bestand, der nur rund 0,25 Milliarden RM über dem bei normalen Umlaufansprüchen notwendigen Bedarf liegt.

Sollte die 40prozentige Mindestdeckung des Notenumlaufes unterschritten werden, so würde nach den Bestimmungen des § 29 des Bankgesetzes vom 30. August 1924 der Discontofuß mindestens folgende Höhe haben müssen:

| Deckung des Notenumlaufes durch Gold und Devisen | | Mindesthöhe des Discontofußes |
|--|---------|-------------------------------|
| in % | | % |
| unter 40—37 | einfach | 8 |
| „ 37—35 | „ | 8½ |
| „ 35—33½ | „ | 9 |
| „ 33½—32 | ausch | 9½ |
| von einfach | 32½—31½ | 10 |
| „ | 31½—30½ | 10½ |
| „ | 30½—29½ | 10½ |
| „ | 29½—28½ | 11 |
| „ | 28½—27½ | 11½ |
| „ | 27½—26½ | 12½ |

In jedem Fall stehen der Reichsamt ausreichende Möglichkeiten zur Verfügung, die Herrschaft über den Devisenmarkt wiederzuerlangen. Möglichenfalls würde sich mit den Dispositionen eine Restriktion der Reichsamtanleihe zu verbinden lassen. Die vielfach gefürchtete Gefahr einer Marktentwertung besteht bei den geltenden Bestimmungen jedenfalls nicht. Kreditvermehrung führt zu einem Druck auf die Preise, also zu einer Erhöhung des Geldwertes. Sie bewirkt damit — freilich auf Kosten der Konjunktur — gerade das Gegenteil einer Inflation.

Kraftvolle Initiative!

Appell der Industrie an die Reichsregierung. — Entschlossenes Ansehen der Leibfrage gefordert.

Berlin, 20. Juni.

Der Hauptausschuß des Reichsverbandes der Deutschen Industrie trat in Berlin bei zahlreicher Beteiligung aus allen Teilen des Reiches zu einer Tagung zusammen, in der die augenblickliche Lage des deutschen Volkes eingehend erörtert wurde. Das Ergebnis der Tagung fasste der Vorsitzende, Geheimrat Dr. Duisberg, wie folgt zusammen:

Der Reichsverband der Deutschen Industrie ist sich darüber klar, daß die Vermeidung eines wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenbruchs in allererster Linie eine Frage des Vertrauens in die Führung der Reichsregierung ist. Der Reichsverband verzichtet auf die Industrie dieses Vertrauens entgegen.

An dem Inhalt der Notverordnung vom 5. Juni 1931 wurde erste Kritik geübt. Die entscheidenden Schritte, die Wirtschaft von den Fesseln zu befreien, die ihr durch die ungeheure Überlastung mit öffentlichen Ausgaben und die falschen Methoden der Wirtschaft, Finanz- und Sozialpolitik auferlegt sind, müssen noch getan werden. Der Reichsverband bezieht sich vor, im einzelnen zu den Bestimmungen der Notverordnung Stellung zu nehmen.

Eine dringende Aufgabe ist ferner das entschlossene Ansehen der Reparationsfrage. Ein Hören der Reichsregierung in dieser Frage wird von der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes und von der gesamten deutschen Industrie nicht mehr verstanden. Die Reichsregierung muß im geeigneten Augenblick die kraftvolle Initiative ergreifen, die notwendig ist, um neue Verhandlungen in Gang zu setzen, eine baldige Lösung der Leibfrage und damit eine Erleichterung der untragbar gewordenen Lasten herbeizuführen. Die schnelle Lösung der Reparationsfrage ist nicht nur für den Bestand der deutschen Wirtschaft die notwendige Voraussetzung, sondern sie liegt auch im Interesse Europas und der Welt.

Die bevorstehenden politischen Besuche.

Stimson kommt am 21. Juli nach Berlin.

London, 20. Juni.

Nach den letzten Dispositionen werden Macdonald und Henderson London voraussichtlich am 16. Juli verlassen und am 17. Juli in Berlin eintreffen. Sie werden dann in Berlin vom 17. bis 19. Juli einschließlich als Gäste der Reichsregierung weilen.

Der amerikanische Schahietreier Mellon dürfte entgegen anderstehenden Meldungen sich von London aus direkt an die Riviera begeben. Mellon wird also voraussichtlich keine Unterredung mit den Berliner Stellen haben.

Der amerikanische Staatssekretär Stimson wird in Berlin voraussichtlich erst am 21. Juli, also nach dem Besuche Macdonalds und Hendersons, eintreffen, nachdem er vorher Paris und Rom besucht hat.

Irreführende Behauptungen.

Deutscher Marineplan in Paris.

Berlin, 20. Juni.

Der französische Marineminister hat in der französischen Kammer erklärt, das deutsche Marinebauprogramm lasse acht Panzerkreuzer und acht leichte Kreuzer vor, die in der Zeit von 1932 bis 1935 fertiggestellt werden würden. Er hat außerdem behauptet, daß die deutschen Baupläne um 25 Prozent höher seien, als die im Verfallener Vertrag vorgezeichneten Ziffern.

An maßgebender deutscher Stelle wird es als unerfindlich bezeichnet, wie eine französische amtliche Persönlichkeit

zu solchen Angaben kommen könne. Der deutsche Bauplan lehre nur den Ertrag von vier U-Booten vor. Bis zum Jahre 1935 würden zwei Panzerkreuzer fertiggestellt sein. Es handele sich um eine bekannte Entscheidung, wenn das Panzerkreuzer „Deutschland“ fertiggestellt sei als Panzerkreuzer bezeichnet werde. Wenn der französische Marineminister schon einen Vergleich machen wolle, dann könne er das deutsche Panzerkreuzer mit einem französischen U-Booten vergleichen. Dann liege es aber auch seine Pflicht, darauf hinzuweisen, daß Frankreich nicht weniger als neun U-Boote besitzt, die samt und sonders dem deutschen Panzerkreuzer „Deutschland“ artverwandt sind. Weiteren seien. Während das Panzerkreuzer „Deutschland“ als fünfte Klasse sechs 28-Zentimeter-Geschütze habe, verfüge eine französische U-Boot-Klasse über zehn 24-Zentimeter-Geschütze und eine weitere über zwölf 30,5-Zentimeter-Geschütze.

Antideutsche Propaganda in Genf.

Gründung einer polnisch-französischen Zeitung. — Die Informationsabteilung beteiligt?

Genf, 21. Juni.

Wie in unterrichteten Kreisen bekannt wird, hat sich loeben ein engerer Ausschuss zur Gründung einer großen Tageszeitung gebildet, die als internationales Organ der Völkerverständigung aktuelle Probleme des Völkerverständnisses der internationalen Arbeitsorganisation und der Baseler BZ, behandeln soll.

Die Gründung dieses Blattes, die seit längerer Zeit sorgfältig vorbereitet worden ist, und das nach außen als ein internationales unparteiisches Organ erscheinen soll, liegt in den Händen einer Gruppe französischer und polnischer Persönlichkeiten und nur im wesentlichen auf polnische Wünsche zurückzuführen sein.

Wie verlautet, wird die Finanzierung des Blattes von den gleichen Kreisen getragen. Für die politische und redaktionelle Leitung des Blattes ist einerseits eine polnische Persönlichkeit aussersehen. Vertrauliche Mitteilungen über die Herausgabe dieses neuen Völkerverständigungsorgans sind bereits ergangen.

Dieser Plan verdient auf deutscher Seite größte Aufmerksamkeit. Es handelt sich zweifellos um einen neuen Versuch, die Genfer Atmosphäre im Sinne der seit einiger Zeit höchst regen französischen und polnischen Propaganda zu beeinflussen.

Die Gründung des Blattes gewinnt im Hinblick auf die bevorstehende Abrüstungskonferenz praktische Bedeutung und liegt in der gleichen Richtung der bereits erfolgten Gründung eines Abrüstungsorgans, das im wesentlichen unter englischem und französischem Einfluß steht und von englischer Seite finanziert, eine gewisse Abrüstungspropaganda betreibt. Wie verlautet, sind bereits seit längerer Zeit engere Verhandlungen zwischen der Informationsabteilung des Völkerverständigungsorgans und der die neue Genfer Tageszeitung gründenden Gruppe im Gange, so daß auf eine Einflusnahme der Einwirkung der völlig unter französischem Einfluß stehenden Informationsabteilung des Völkerverständigungsorgans auf die Gründung des neuen Organs geschlossen werden kann. Es dürfte daher unbedingt notwendig sein, die Öffentlichkeit rechtzeitig über den wahren Charakter und die Ziele dieses neuen Völkerverständigungsorgans aufzuklären.

Eine Pariser amtliche Meldung.

Der französische Studienauschuß für Mitteleuropa.

Paris, 21. Juni.

Das Finanzministerium veröffentlicht eine amtliche Mitteilung, die sich mit der Bildung eines Studienauschusses für Mitteleuropa befaßt. Er heißt darin a. daß die Besprechungen im Finanzministerium nur dazu dienen hätten, eine Anregung französischer Industrieller und Bankleute zu unterfühen. Vertreter der französischen Industrie hätten schon vor einiger Zeit ihre Absicht bekanntgegeben, die Lage in Mitteleuropa an Ort und Stelle zu prüfen und die Möglichkeiten zu unteruchen, die der französischen Industrie ein Tätigkeitsfeld eröffnen könnten.

Die Hauptbedingung für ein positives Ergebnis sei die Zusammenarbeit zwischen Industrie und Bankkreisen. Der Finanzminister habe sich nur die Aufgabe gestellt, diese Zusammenarbeit zu erleichtern und beratend zu unterstützen.

Bedenkliche Landkäufe.

Polnischer Keil im deutschen Bezirk.

Berlin, 21. Juni.

Gerade in diesen Tagen mehren sich die Berichte über umfangreiche polnische Landkäufe in den deutschen Ostprovinzen und nötigen dazu, diesen Vorgängen stärkere Aufmerksamkeit zuzuwenden. So wird aus Oberhavel der Verkauf von 400 Morgen eines Rittergutes gemeldet, die bisher an deutsche Kleinbauern verpachtet waren und nun nach Kündigung der Pachten infolge eines außerordentlich vorteilhaften Angebotes vom Besitzer an Angehörige der polnischen Winderbeute veräußert worden sind.

Aber nicht nur in Schleien, in der Grenzmark und im östlichen Pommern mehren sich diese polnischen Landkäufe, sie greifen neuerdings auch auf die Provinz Brandenburg über, wo in verschiedenen Bezirken sehr beträchtliche Flächen in polnische Hand übergegangen sind, oder übergeben sollen.

Man hat den Eindruck, daß hinter diesen Käufen nicht nur eine sehr beträchtliche finanzielle Unterstützung von jenseits der Grenze, sondern auch ein ganz bestimmtes System liegt, das darauf hinausläuft, einen Keil polnisches Volkstums möglichst weit westwärts vorzutreiben, und man kann es erwarten, wenn in den betroffenen Kreisen eine starke Bewegung fühlbar wird. Man weiß darauf hin, daß die Verhältnisse jenseits der Grenze wesentlich anders liegen. Dort achtet die polnische Regierung streng darauf, daß innerhalb einer Zone von 30 Kilometern längs der Grenze kein Deutscher sich ansiedelt, und sie weiß auch sonst durch Schwierigkeiten der verschiedensten Art das Bodenfassens deutscher Elemente zu erschweren oder zu verhindern. Der Wunsch, daß auf deutscher Seite den geschädigten Vorgängern größere Aufmerksamkeit zugewendet und namentlich, daß das deutsche Kleinbauertum dagegen geschützt werde, durch ausfahrtsfähige polnische Interessen von seiner Schule vertrieben zu werden, ist durchaus verständlich und muß in jeder nur erdenklichen Form unterstützt werden.

Vor einem Putsch im Memelland?

Litauische Jungmänner wollen die Autonomie besitzeln.

Königsberg, 21. Juni.

Ueber neue Putschabsichten der litauischen MLJ im Memelland bringen die „Litauische Zeitung“ und die „Königsberger Allgemeine Zeitung“ aufsehenerregende Enthüllungen.

Danach scheint es, als ob die Schauli Sejmung (Litauische Jungmänner) die Absicht haben, die Autonomie des Memelgebietes kurzzeitig zu besitzeln, das Direktorium abzusetzen und den kommunistischen Landrat von Memel, Simonaitis, der von dem ersten Putsch her fallsam als deutsch-litauischer Renegat bekannt ist, zum Diktator des Memelgebietes zu machen.

Die österreichische Krise.

Seipel mit der Kabinettsbildung befaßt.

Wien, 20. Juni.

Gegen Mittag wurde im österreichischen Parlament ganz überraschend bekannt, daß Dr. Seipel vom Bundespräsidenten mit der Führungsnahme mit den Parteien beauftragt worden ist. Die Kabinettsbildung soll sich auf der Grundlage einer Konzentration vollziehen. Wie es heißt, wird Dr. Seipel am Nachmittag offiziell die Verhandlungen mit den Parteien aufnehmen. Eine inoffizielle Führungsnahme mit den Sozialdemokraten hat vorberichtet, ergeben, daß sie eine ganze Reihe ministerposten in einem Konzentrationskabinetts beantragen würden.

Am Laufe des Vormittags wurden inoffiziell Sondierungen unter Zugrundelegung eines Kabinetts Dr. Gurrler oder eines Kabinetts Dr. Reich vorgenommen, die sich jedoch als ungangbar erwiesen.

Die Betrauung Dr. Seipels zu Verhandlungen mit allen Parteien ist dahin aufzufassen, daß Dr. Seipel den Versuch machen wird, sämtliche Parteien in einer Art Vorkonferenz zu vereinigen. Es ist dabei auch festzustellen, daß die Betrauung Dr. Seipels sich einwirken nur auf die Durchführung der Verhandlungen bezieht.

Es ist also auch jetzt noch die Frage der Belegung des Kanzlerpostens offen.

Bisher sind nur inoffizielle Vorkonferenzen erfolgt. Mit ziemlicher Bestimmtheit verlautet dabei, es hätten die So-



Zur Höhe

Roman von Elisabeth Borchardt

4. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Bruchhaußen empfand ihr transnissches Regiment zuweilen sehr drückend, doch Gewohnheit, Bequemlichkeit, Furcht vor einem Wechsel und — lagen wir auch das Schwermüdigkeit — Furcht vor ihrer eigenen Junge hatten ihn von einer Kündigung stets Abstand nehmen lassen. Er erkannte wohl die gesetzmäßigen Gedanken des Trainers, der ihn bewachte, und ärgerte deshalb heute, seine Amalie von seiner Verlobung Mitteilung zu machen. Er hätte ebensogut einen Funken in ein Pulverfaß werfen können; die Wirkung wäre ja ziemlich die gleiche gewesen. Darum lieber noch etwas hinausziehen, so lange es anging, vor allem, sich nicht die heutige glückliche Stimmung verderben.

Eine kleine, vorübergehende Beinträchtigung mußte sie sich allerdings gefallen lassen, denn Bruchhaußen hatte sich vorgenommen, heute mit seiner Vergangenheit zu brechen.

Zu diesem Zweck sollte er sich an keinen Schreibtisch, seine große Dose Stills, so genannt wegen deren Stumpfsinn, legen, die ihm zu hüben und beobachtet gepolniet die Manipulationen, die nach seines Herrn Meinung nötig waren, um in einer einzigen Stunde mit einer ganzen Bergangeheit zu brechen. Seine großen, klugen Augen bestanden sich auf dessen Hände und verfolgte ihn fast wie Besessene.

Bruchhaußen forderte Papiere, gewisse kleine Bilettdoniz, die von oberhand Abenteuerer Zeugnis ablegten. Es war ein recht ansehnliches Päckchen geworden, das sich vor ihm aufgeschüttet hatte.

Er nahm es fest in die Hand, stand auf und trat damit zum Ofen, in dem ein helles Feuer flackerte.

Stills folgte ihm und sah so aufmerksam zu, als könnte er für sich einen Funken daraus ziehen.

Ein hartes Brieschen nach dem andern überantwortete Bruchhaußen dem Flammentode und war so eifrig in dieses

Spiel vertieft, daß er den Eintritt Fräulein Amalies überhört hatte.

Fräulein Amalie aber stand regungslos an der Tür, starr die Augen gerateaus gerichtet. Dort sah sie „ihren Baumeister“ vor dem Ofenloch stehen und daselbst mit Papieren, deren Farbe und Format vertraulich auslachen, flüstern. Das war ein böses Zeichen und verriet ihr die Verzweiflung.

Da gab Stills einen trüben Laut von sich. Bruchhaußen wandte sich um, und als er Fräulein Amalie sah, suchte er ein wenig erschreckt zusammen, wußte sich jedoch sofort ein harmloses Aussehen zu geben.

„Wünschen Sie etwas?“ fragte er freundlich.

„Ich wollte Herrn Baumeister nur — diesen Brief abgeben, der der Briefträger in den Saal gesteckt hatte.“

„Ah, so — na, danke — bin eben dabei, besagte Rechnungen zu verbrennen,“ sagte der Regierungsbaumeister, nahm Fräulein Amalie das rotfarbene Briefchen aus der Hand und legte es auf seinen Schreibtisch. „Im liebsten hätte er es sofort den anderen Papieren in den Ofen nachgeworfen, doch er unterließ das Hingernellen.“

„Weßhalb der Herr Baumeister sonst noch etwas?“ fragte die Frau schäferlich und trübsinnig.

„Mein danke — das heißt — ich möchte meinen besten Anzug — sagen wir braun und weiße Weste — ausgerechelt haben. Ich will nachher ausgehen.“

„Der Herr Baumeister wollen eine Visite machen?“

„Ja.“

„Sollt — sofort?“

„Ich habe vorher noch einiges hier zu Hause zu erledigen. Sorgen Sie, bitte, daß ich ungehört bleibe.“

Der Wind war bestialisch, und langsam verließ Fräulein Amalie das Zimmer.

„Es ist etwas im Anzug, das lasse ich mir nicht ausgeben,“ murmelte sie draußen vor sich hin. „Schöne Rechnungen — das kann er brauchen wohl machen. Bestenfalls er mit etwas, ich lasse ihm schon auf die Spur, und wehe, wenn ich täuscht abneh!“

Bruchhaußen hatte unterdessen den Keil in die Flammen geworfen und ging zum Schreibtisch zurück.

Stills folgte ihm wiederum getreulich.

Er streckte die Hand nach dem rotfarbenen Brief aus und machte eine Bewegung nach dem Ofen zu.

Da trüerte der Herr abermals.

„Was hast du, Stills?“ — „Weinst du, daß es besser wäre, erst Kenntnis von dem Inhalt zu nehmen?“

„Wieder ein Laus der Bundesprophet.“

„Du haltst recht, getreuer Malades. Sehen wir, was und wer es ist.“

Er ließ sich in seinen Stuhl fallen, schüttelte den Brief aus und las.

„Nebst, einziger Schatz — warum bist Du gestern nicht gekommen?“ Ich verzichte nicht in Schuldhaft nach Dir und machte mir die körperlichen Gedanken über Dein Nichtkommen. Wenn es Dir irgend möglich ist, komme heute.“

Seine Maria Wendt.

„Was tun? spricht Zeus.“ Zu ihr gehen, wie die Sache klarer? — Das würde einen häßlichen, peinlichen Austritt geben, und er hätte Austritt. Ihr schreiben? Dann bestimme sie es fertig, eigentlich, wie sie verlangt war, und ramnte ihm die Rede ein, aber liese zu seiner Braut, um ihr zu sagen, daß sie eigentlich keine rechtmäßige Braut war, oder bedinge noch Folleres. — Die Sache ganz mit Schweigen übergehen, ging er recht nicht an.

Soll er ein Hindernis war die kleine Fußmachein, die es so ernst mit ihm nahm. Väterlich eigentlich, doch die Mädchen bilden sich in diesem Punkte oft die größten Schwachheiten ein. — Wie sie nun los werden, auf die beste und bequemste Art? — Da war guter Rat teuer.

Bruchhaußen häufte laut auf. Hier ließ er in der Klemme und wußte sich nicht daraus zu befreien.

Hast! — Ein Gebante!

„Die ich rief, die Geister, werd' ich nun nicht los,“ jammerte er mit Golgenbummer.

Er hatte immer ein bißchen darauf losgelegt. Doch von heute an mußte es anders werden, mußten die alten Gedanken ein Ende haben.

Es war ein schon oft von ihm angewandtes Mittel Hinausjagen — die Erklärung hinzuziehen.

(Fortsetzung folgt.)

Das Faustrecht im Landtag

Brügelte mit Stühlen und Pulddel.
Die Abgeordneten Papenbroock und Sander erhalten Ordnungswahrsamkeiten.

Weimar. Im Landtag kam es am Freitag zu starken Tumulten. Als der Abgeordnete Sander (Nat.-Soz.) zum kommunalistischen Aufhebungsantrag sprach, rief ihm der sozialdemokratische Abgeordnete Gröndler mehrere Bemerkungen zu, die Sander als Beleidigung aufzufassen. Er verließ das Rednerpult, stellte sich in drohender Haltung vor Gröndler auf und forderte diesen auf, mit ihm den Saal zu verlassen. Während dieser Auseinandersetzung gruppierten sich Abgeordnete der verschiedenen Parteien um die Streitenden. Der Abgeordnete Papenbroock (Nat.-Soz.) verließ Gröndler von hinten einen Faustschlag ins Gesicht. Mehrere Abgeordnete ergriffen Stühle und Pulddel. Es folgten mehrere Stöße durch den Saal. Sofort verließ der Präsident seinen Platz und begab sich unter die Stuhlreihen, die er anforderte, den Saal zu verlassen. Nach einer Viertelstunde war der Saal geräumt und der Ausschuss trat zu einer Sitzung zusammen.

Nach kühnlicher Interaktion wurde die Sitzung wieder aufgenommen. Präsident von Hümmel teilte mit, daß der Abgeordnete Papenbroock, weil er den Abgeordneten Gröndler hinterlistig überfallen habe, mit der Schweren, nach der Geschäftsordnung zulässigen Strafe bestraft werden solle, und zwar mit 20 Tagen Ausschluß. Der Abgeordnete Sander wird wegen der Aufworderung an Gröndler, mit ihm den Saal zu verlassen, mit drei Tagen Ausschluß bestraft.

Kommunistischer Aufhebungsantrag abgelehnt

Weimar. Der komm. Antrag auf Aufhebung des Landtags wurde im Landtag am Freitag abgelehnt. Für Aufhebung stimmten die Kommunisten, Nationalsozialisten, und die Deutschnationalen, dagegen die Wirtschaftspartei, Landvolkpartei, Deutsche Volkspartei und Deutsche Staatspartei; die Sozialdemokraten enthielten sich der Stimme.

Der Landtag gegen Notverordnung und Tributzahlungen

Weimar. Der Landtag von Thüringen nahm am Sonntag in seiner letzten Sitzung vor den Sommerferien nach einer langen Debatte über einen kommunalistischen Antrag gegen die Notverordnung eine Entschließung der Wirtschaftspartei an, nach der die Regierung ersucht wird, bei der Reichsregierung auf eine Abänderung der zweiten Notverordnung vom 3. Juni 1931 und auf die Aufhebung der Tributzahlungen hinzuwirken. Die Annahme dieses Satzes erfolgte einstimmig.

Die Entschließung lautet weiter: „Zu ändern sind die Bestimmungen der Notverordnung, durch die dem deutschen Volk über die bisher untragbare Last hinaus noch neue Lasten auferlegt werden sollen.“ Dieser Satz wurde bei Enthaltung der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Weiter wurde aus einer Entschließung der Nationalsozialisten folgender Satz angenommen: „Die Regierung wird beauftragt, bei der Reichsregierung umgehend Protest einzulegen gegen die zweite Notverordnung vom 3. Juni, deren Auswirkungen das Lebensniveau des deutschen Volkes auf das Unerschwingliche herabdrücken und die Betroffenen zur Verzweiflung bringen müssen.“

Eine Entschließung der Kommunisten, die Notverordnung in Thüringen nicht durchzuführen, verließ der Landtag.

Blinderung eines Lebensmittelgeschäfts in Leipzig. In der Burgener Straße in Leipzig haben sechs bis acht junge Burlesken die Schaufenster eines Lebensmittelgeschäfts eingeschlagen und haben die Auslagen geplündert. Die Täter sind unerkannt entkommen.

Feuergefecht mit polnischen Einbrechern. Drei Polen, die unbefugt die Grenze überschritten hatten, verübten einen Einbruch in Könnigsplatz, wurden jedoch bemerkt und verhaftet. Landjägerbeamte machten sich an die Verfolgung der Täter. Die Flüchtlinge wurden an dem Bissler-Fluß gestellt und eröffneten von dort ein Feuer auf die sie verfolgenden Beamten. Die Beamten erwiderten das Feuer und verwundeten einen Polen leicht. Es gelang den Beamten, zwei der Einbrecher festzunehmen, während der dritte verlor, den Fluß zu durchschwimmen. Er wurde jedoch auf der anderen Seite von einem Vorarbeiter in Empfang genommen, den der Pole mit vorgetriebenem Revolver bedrohte. Der Vorarbeiter schlug jedoch auf den Flüchtling mit einer Zuchtlatze ein und entwarf ihn ins Wasser. Die drei polnischen Einbrecher wurden in Haft genommen.

Fünf Verletzte bei einem Zugunfall. Auf dem Acherslebener Hauptbahnhof fuhr eine Vertriebsabteilung hart gegen den dort haltenden Personenzug 530 Halle—Hannover. Fünf Reisende wurden dadurch verletzt, daß sie bei dem Anprall gegen die Wagenwände geschleudert wurden. Vier konnten die Verletzungen, während einer in ein Krankenhaus gebracht werden mußte.

Schlagverletzung bei Kfz. Im Dünnowald der Gemeindegasse wurde der südliche Vorarbeiter Mllg von zwei verunmündeten Männern überfallen und schwer verletzt. Er wurde mit 1400 Mark Gehaltsabgabe für die im Gemeindewald beschäftigten Hofkammerarbeiter bestraft.

Zwei Schmuggler erschossen. Das Schmuggler-Netzwerk an der Achen Grenze, das ungeheure Ausmaße angenommen hat, hat innerhalb von zwei Tagen zwei Todesopfer gefordert. Ein 20-jähriger Schmuggler aus Hagen, der die halbrunde eines Zollbeamten nicht beachtet hat, wurde angehalten und so schwer verletzt, daß er bald darauf starb. In der Nähe des Augustiner Waldes stellte ein Zollbeamter eine Schmugglerbande von zehn Mann. Die Leute ergriffen die Flucht, worauf der Beamte zwei schwere Schüsse abgab. Eine Kugel drang einem der Schmuggler in den Rücken. Die Verletzungen waren so schwer, daß beim Eintreffen des Arztes der Tod bereits eingetreten war. Es handelte sich um einen 23-jährigen jungen Mann, der aus Rheindorf stammt, sich aber ausschließlich im Nachener Bezirk aufhielt, um das Schmugglergewerbe zu betreiben.

Nicht jeder Knüttel ist eine Waffe

Das Reichsgericht hatte kürzlich die Frage zu prüfen, wann nach § 127 des Strafgesetzbuches ein Knüttel als „bewaffnet“ zu bezeichnen ist. In seinem Urteil (II 38/31) legt es das Schöffengericht gehe zurechtend davon aus, daß es Waffe im Sinne des § 127 nicht schlechthin jedes gefährliche Werkzeug anzusehen ist, das nach Art seiner Handhabung erhebliche Verletzungen beizubringen geeignet ist, sondern daß der Begriff „Waffe“ hier im engeren Sinne zu verstehen ist als ein Werkzeug, das bestimmungsgemäß zum Angriff und zur Verteidigung dient. Eine solche Bestimmung braucht aber einem solchen Gegenstand nicht schon von vornherein bei der Anfertigung gegeben zu sein. Es könne ein Werkzeug die Eigenschaften einer Waffe auch durch spätere besondere Bestimmung eines Trägers erhalten. Es lie hiernach zwar nicht rechtsirrig, daß das Gericht den Offiziersjäger und den Gummitüppel als Waffen ansieht. Die bisherigen Feststellungen genügen aber nicht für die Annahme, daß auch die aufgefundenen Knüttel Waffen darstellten. Nicht jeder Knüttel sei ohne weiteres als Waffe anzusehen. In einem anderen Falle habe das Reichsgericht ausdrücklich erklärt, daß „schwere Knüttel, die starke Stäbe, zum Teil von feulenanter Beschaffenheit waren“ und „nur als Angriffs- und Verteidigungswerkzeuge zu dienen bestimmt sein konnten“, als Bewaffnung im Sinne von § 127 anzusehen sind, „da nach ihrer Beschaffenheit ein anderer Zweck nicht in Frage kam“. Auch genüge nicht die bloße Bewaffnung einzelner Teilnehmer des „Haufens“, sondern es müsse die Mehrzahl bewaffnet sein.

Wiegähälten als Ehrenamt

Die kommunalen Spitzenverbände haben an die zuständigen Reichsministerien und preußischen Ministerien eine Eingabe gerichtet, in der gebeten wird, eine allgemeine gesetzliche Regelung zu treffen, die nicht nur Volkszählungen (sondern alle Zählungen betrifft) und die Mitwirkung als Zähler allgemein zum Ehrenamt erklärt. Diese auf den ersten Blick etwas töricht erscheinende Eingabe hat für die Städte, die ausschließlich Wiegähälten und vortrefflich Schömenzählungen vornehmen müssen, einen sehr realen Hintergrund. In den kleinen und mittleren Städten, in denen diese Zählungen stattfinden, bereitet ihre Durchführung immer mehr Schwierigkeiten, weil sich nicht genug ehrenamtliche Zähler finden. Mittel für bezahlte Zähler aber nicht zur Verfügung stehen. Grund: Das Amt des Zäblers bei der Volkszählung gilt als öffentliches Ehrenamt, bei der Wiegähälten hat der Beauftragte es bisher unterlassen, die Zähler zu öffentlichen Ehrenämtern zu ernennen. Infolgedessen lehnen nicht nur im Dienst befindliche Beamte sondern auch Parteiführer und andere Persönlichkeiten das Amt des Wiegähälten ab. Da öffentliche Ehrenämter nur unter ganz bestimmten, gesetzlich festgelegten Voraussetzungen abgelehnt werden dürfen, wollen die Städte aus der Wiegähältenämtern sich durch obigen Antrag erlösen. Wird das Wiegähälten zum öffentlichen Ehrenamt, dann ist ein Ablehnen dieser Tätigkeit schon schwieriger.

Morgen Dienstag nachmittags von 3-4 Uhr verkaufen wir am Bahnhof Kemberg aus einer Wahlleitung

Sojashrot (Imperial)

à Saß 1,40 Ztr. mit 10.10 RM.

Spar- und Darlehns-Kasse.

Spitz

sehr wachsam, nicht bissig, als Wachhund geliebt. Schriftlich Alter, Größe, Preis erbeten.
Zogh, Kleinwittenberg
Raute jeden Posten

Pilze

Lampert, Reuden

Genatol

(Messingpuzmittel)
in Originalflaschen vorrätig
Richard Arnold, Markt

Einkoch-Gläser

in allen Größen
Saffflaschen

„Einkoch-Apparate“
Gummiringe
hat noch am Lager

Salzylpapier Glashaut

empfiehlt Richard Arnold

Magdeburger

Pferde- und Auto-Lotterie

Ziehung beginnt heute Montag
Einzel-Los 1 Mt. Doppel-Los 2 Mt.
16632 Gewinne und 2 Prämien im Werte von RM. 60000
Sämtliche Lose, die in der Vorziehung nicht gewonnen haben, sind ohne Nachzahlung auch für die Hauptziehung gültig.
Auf Wunsch Auszahlung bei Gewinnen über 2,- Mark mit 90% in barem Gelde.

40. Zerbster Pferdemarkt-Lotterie

Ziehung unwiderruflich am 18. August

Vorzügliche Gewinnchancen

3600 Gewinne und 1 Prämie

Wert der Gewinne: 100000 RM

Lose zu 3 RM zu beziehen durch

Richard Arnold, Buchhandlung

Reise-Koffer

in verschiedenen Größen und Ausführungen

Richard Arnold, Leipziger Straße u. Markt

Empfehle
Schoten,
Mohrrüben,
Kohlrabi,
Wirsingkohl
Prima Erdbeeren
Verlände
Schnittblumen
Rosen, Nelken usw.
Alle Arten
Blumen- und Gemüsepflanzen
preiswert bei
Gärtner S. Zeue

Dienstag früh 7 Uhr
Speckfuchen
bei Ernst Berndt

Morgen Dienstag
früh 1/2 8 Uhr
Speckfuchen
Ernst Wend

Prima
Masthüfensfleisch
sowie frisches
Rind- und
Sammelfleisch

empfiehlt
Rich. Josefmann Nachf.
Jah. Heinrich Schneider

Rechtsrat
Prozeßsachen (Amts- u. Landgericht)
Kaufverträge, Testamente,
Steuerfachen (Vermögenssteuer)
Jeden Freitag vormittag bei
Naumann

K. Lehmann, Gerichtsreferendar a. D.
und öffentl. angekl. Verteidiger
Weinbergstraße 8

Erwerbslosen-Versammlung

morgen Dienstag abend 1/2 9 Uhr in der Weintraube
Thema: Wie sieht die Stadt, die Landwirtschaft und Hünnerhalten
sowie das Gewerbe zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit?
Wir laden hierzu alle Vorstände der wirtschaftlichen Verbände und die
gesamte Bürgerschaft ein. Besonders die Herren des Magistrats und
die Vertreter.

Freie Aussprache ist zugesichert.
Der Ausschuss.

Fliegenfänger

wieder vorrätig bei Rich. Arnold

Danksgiving.

Zurückgekehrt vom Grabe unseres lieben Entschlafenen danken wir allen für die uns durch Wort, Schrift und Kranzpenden bekundete Teilnahme. Wir danken ferner Herrn Propst Bertram für die Trostesworte, Herrn Kantor Pade und Schülern für den Gesang, Dank auch dem Krieger- und Landwehr-Verein für das Trauergeleit, den Mitgliedern der Ortsgruppen Kemberg und Wittenberg des Ruhestandsbeamten-Vereins und den Beamten der Postämter Kemberg und Wittenberg für das ehrenvolle Geleit und die Kranzpenden. Das alles war uns Trost in unserem schweren Leid.

Kemberg, den 22. Juni 1931.

Die trauernde Familie Schröder.

Am 18. d. Mts. verstarb nach langer Krankheit im
fast vollendeten 31. Lebensjahre

Herr Otto Fehse

aus Sackwitz.

Wir haben den Verstorbenen während seiner mehr als dreißigjährigen Tätigkeit auf unserem Werke als einen stets zuverlässigen und strebsamen Arbeiter schätzen gelernt und werden ihm, dessen allzufrühes Hinscheiden wir betrauern, ein ehrendes Andenken bewahren.

Piesteritz, den 19. Juni 1931.

Bayerische Stickstoff-Werke Aktien-Gesellschaft

Betrieb Piesteritz

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. — Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Ausflügeltes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streifen usw. erfüllt jeder Anspruch auf Lieferung dsm. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise Preisspalte oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenweise Reklamenspalte 40 Pfg., Druckvergebühren 30 Pfg. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unbedingt geschiebener oder durch Fernsprecher ausgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. — Beilagengebühr: 10.— M. das Loosend, zuzüglich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 73

Dienstag, den 23. Juni 1931

33. Jahrg

Donnerstag, den 25. Juni, 14 Uhr.

Mütterberatungsstunde

im Bürgeraal.

Kemberg, den 22. Juni 1931.

87] Der Magistrat.

Europa-Hilfsaktion der USA.

Zwei bis drei Jahre Zahlungsaufschub. — Riesenbereitschaftscredite?

New York, 21. Juni.

Die alarmierenden Berichte des Schatzsekretärs Mellon über die katastrophale Notlage Deutschlands haben Hoover veranlaßt, von sich aus Schritte zu unternehmen, um den drohenden Gefahr eines völligen Zusammenbruchs der deutschen Zahlungskraft rechtzeitig zu begegnen.



Präsident Hoover.

Das ist nach Ansicht maßgebender politischer und wirtschaftlicher Kreise der Sinn einer Erklärung des Weißen Hauses. Wie dringlich dem Präsidenten die Initiative der USA erscheint, erhellt aus der Tatsache, daß er nach seiner Rückkehr von der Vortragsreise durch den Mittelmeerraum unverzüglich die Parteiführer beider Kongresshäuser sowie den Unterstaatssekretär des Schatzamtes Mills und den selbstretierenden Handelssekretär Julius Klein zu sich berief.

Das „erzweckte Entgegenkommen“, das Hoover sowohl bei der Regierungspartei als auch bei der demokratischen Opposition fand, kann als Gewähr dafür gelten, daß die Regierung mit einer bereitwilligen parlamentarischen Unterstützung für jede als zweckmäßig oder notwendig erkannte Maßnahme rechnen darf.

Welche Mittel die Regierung empfehlen wird, um den „wirtschaftlichen Waldbrand“ Deutschlands zu bekämpfen, läßt sich heute noch nicht mit völliger Gewißheit sagen. Hoover selbst betonte, daß noch keinerlei Beschlässe gefaßt seien, und alle Maßnahmen würden durch Tatsachen nicht gerechtfertigt. Eine sofortige Revision oder gar Streichung bestehender Schulden könnte schon wegen der innerpolitischen Lage natürlich nicht in Frage. Die Entlastungsaktion könnte daher ausschließlich in der Richtung eines allgemeinen Zahlungsaufschubes sowohl der Reparationen als auch der interalliierten Schuldentilgungen oder in einem Riesencredit Deutschlands liegen. Beide Möglichkeiten werden hier ernsthaft erörtert. Die Alliierten hätten auf Grund der Tilgungsabkommen das Recht, die Zahlung auf Schuldcapital, nicht aber die Zinszahlungen zu suspendieren. Da die letztgenannten Zahlungen jedoch weitaus den größten Teil der interalliierten Tilgungsleistungen ausmachen, könnte ein Zahlungsaufschub nur wirksam sein, wenn er auch die Zinszahlungen umfaßt.

Es wird daher mit Bestimmtheit angenommen, daß Hoover den Kongreß auffordern wird, die ehemaligen kriegsverbündeten für einen Zeitraum von zwei bis drei Jahren von der Zinszahlungsverpflichtung zu befreien, vorausgesetzt, daß die alliierten Mächte Deutschland einen Zahlungsaufschub von gleicher Dauer zugestehen.

Ueber die Frage, wann der Präsident mit seinem Stützungsplan herauskommen wird, gehen die Meinungen auseinander. Alle sind aber überzeugt, daß schon die Ankündigung der amerikanischen Initiative eine wesentliche Entspannung herbeiführen werde.

Hand in Hand mit dem Zahlungsaufschubplan geht der von der hiesigen Finanzwelt unterkühlte Vorschlag, der Reichsbank bei der Federal Reserve Bank in New York einen Bereitschaftscredit von 300 Dollarmillionen zur Verfügung

zu stellen, dessen Vorhandensein allein genügen würde, das Vertrauen in die deutsche Währung restlos wiederherzustellen, ohne daß es vielleicht nötig wäre, den Kredit wirklich in Anspruch zu nehmen.

Es läßt sich zur Stunde jedoch nicht feststellen, wieviel diese Gerüchte den Tatsachen entsprechen. Die Vermutung des Finanzadverberien der „Times“, daß der Kredit möglicherweise 800 Dollarmillionen betragen werde, scheint immerhin etwas übertrieben zu sein. Start beachtet wird hier der Umstand, daß die nächste alliierte Zinszahlung erst am 15. Dezember fällig wird. Da der Kongreß am 7. Dezember zusammentritt, bliebe der Regierung ausreichend Zeit, eine eventuelle Zahlungsaufschubsfrage durchzusetzen, um so mehr, als die „Europa-Hilfsaktion“ jedes parteipolitischen Charakters entbehren wird.

Die Auffassung in Berlin.

Die Mitteilungen über ein bevorstehendes Eingreifen Hoovers verdienen ernsthafte Beachtung aus dem Grunde, da sie offenbar in Zusammenhang zu bringen sind mit den Gesprächen, die die englischen Staatsminister in Chequers mit dem Reichsfinanzminister Dr. Brüning und dem Reichsaussenminister Dr. Curtius hatten. Die Initiative Hoovers ist ein Zeichen dafür, daß der Ernst der deutschen Gesamtlage im Ausland verstanden und anerkannt worden ist, und zwar in dem Sinne, daß eine Hilfeleistung notwendig ist. Auf der anderen Seite ist aber von einer ersten Mitteilung über eine Initiative Hoovers bis zu praktischen Ergebnissen ein sehr weiter Weg, und es wäre falsch, sich jetzt bereits Illusionen über eine weitreichende amerikanische Initiative in der Reparationsfrage hinzugeben. Die Erörterungen über das Feiertagsjahr, in dem Deutschland keinerlei Zahlungen zu leisten braucht, sind zwar schon ziemlich weit gediehen, doch hat sich bisher noch kein Weg gezeigt, wie die Ansprüche der amerikanischen Bonds-Inhaber befriedigt werden können. Das aber ist von Bedeutung für die Weltwirtschaft des nächsten Jahres. Es muß deshalb abgewartet werden, ob im Hinblick auf die Reihen von Mellon und Stimfon der Kongreß sich schnell zu praktischen Hilfeleistungen entschließen wird. Auf deutscher Seite wird nach wie vor die Auffassung vertreten, daß diese Seite des Reparationsproblems in erster Linie eine Angelegenheit zwischen den Vereinigten Staaten und den Gläubigerländern ist.

Ein Weltschulden-Feiertagsjahr.

Wirtschaftliche Erholung der Welt.

Washington, 21. Juni. Präsident Hoover überreichte den Vorkriegs- und Geländen der beteiligten Mächte, darunter der deutschen Vorkriegs, eine Erklärung, in der die amerikanische Regierung einen einjährigen Zahlungsaufschub für alle Reparations-Schulden und Reparationen vorschlägt.

Berlin stimmt zu.

Berlin, 21. Juni. Wie amtlich mitgeteilt wird, hat die deutsche Regierung ihre Zustimmung zu dem Vorschlage des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Hoover, durch den deutschen Vertreter in Washington der amerikanischen Regierung sofort übermitteln lassen.

England einverstanden.

Der Kampf um die Devisen.

Die Beunruhigung, die auf den internationalen Geldmärkten im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der Oesterreichischen Creditanstalt entstanden war, darf als überwunden gelten. Die rigorose Discontopolitik der Reichsbank hat in der Londoner City außerordentlich günstig gewirkt. Das Institut für Konjunkturforschung veröffentlicht in seinem letzten Wochenbericht eine Analyse der Geldmarktsverhältnisse, die zur Discontorerhöhung geführt haben, und erörtert die Möglichkeiten der Reichsbank, ihre Position auf dem Devisenmarkt zu verteidigen. Hierzu ist zu bemerken, daß die in der Tabelle genannten Discontofüße zwar im Geleg vorgelesen sind, aber kaum jemals wirksam werden dürften, weil schon die erste Erhöhung genügt würde, das Deutungsverhältnis zu forcieren.

Vom Ende Mai bis zum 10. Juni hat die Reichsbank rund 800 Millionen RM an Gold und Devisen verloren. Ihr Bestand an Deckungsmitteln dürfte somit, wenn man die unter Wechsel und Schatzs verbuchten Devisen miteinrechnet, von 2,8 Milliarden RM auf rund 2 Milliarden RM zusammengeschmolzen sein. In dem Vertrauen, weitere Abzüge zu verhindern, wurde der Reichsbankdiscont am 13. Juni von 5 auf 7 % erhöht. Nur 1922 und 1923, d. h. in Zeiten schlimmer Inflation, hat die Reichsbank in ihrer Discontopolitik zu einem so drastischen Mittel, wie es eine Discontorerhöhung um gleich 2 % darstellt, gegriffen.

Diese Vorgänge sind Ausdruck einer überlegierten Vertrauenskrise. Zum drittenmal im Verlauf des bisherigen Konjunkturabwärtungs großen damit Maßnahmen, die zur Sicherung des Wirtschaftssystems notwendig wurden, während in den Wirtschaftskreislauf ein. Einmal geschah dies im Frühjahr 1929, als im Zusammenhang mit der Pariser Reparationsverhandlungen plötzliche Kreditzuzugelungen vornehmlich durch französische Banken einleigten; zum zweitenmal sodann im Herbst 1930, als im Zusammenhang mit den Reichstagswahlen die Kapitalflucht/ sprunghaft hervortrat.

Der diesmalige Druck auf die Mark ist auf eine Reihe verfeindeter Faktoren zurückzuführen. Zunächst ist zu berücksichtigen, daß die Folgen der Kreditüberflutung vom Herbst 1930 noch keineswegs überwunden waren, dies geht aus der anhaltend großen Spame hervor, die zwischen den deutschen Zinsgläubigern und denen der wichtigsten ausländischen Geldmärkte bestand. Den ersten Anstoß zum akuten Wiederausbruch des Misstrauens bildete der Zusammenbruch der Oesterreichischen Creditanstalt. In ungenügender Kenntnis der deutschen Wirtschaftsverhältnisse ließ sich ein Teil des Auslandes zu einer irrtümlichen Übertragung der Gefahren mit Oesterreich auf Deutschland bestimmen. Neue Nahrung erhielt die hierdurch entstandene Beunruhigung durch die Erörterungen über ein Reparationsmoratorium. Neue Kredite wurden deshalb kaum noch erteilt, alle geldmäßig. Mit fortschreitender Anspannung des Devisenmarktes und weiterem Sturz der Effektenkurse sowie mit steigender innerpolitischer Spannung traten in späterer Folge auch aus dem Inland härtere Ansprüche an den Devisenmarkt hervor. Zu alledem kam hinzu, daß Kurl und Preise an den internationalen Effekten- und Warenmärkten seit Wochen empfindlich gesunken waren, so daß die besonders aus den deutschen Verhältnissen mitspringenden Beunruhigungsmomente auf ein für Börseninvestoren gut vorbereitetes Feld trafen. Ihre größte Zuspitzung erreichte die Entwicklung am Freitag, den 12. Juni, an dem die Reichsbank schätzungsweise 200 Millionen RM an Gold und Devisen verlor.

Am 6. Juni betrug der Umlauf an Reichsbanknoten 4,079 Milliarden RM. Am Durchschnitt der letzten Jahre hat der Notenumlauf von der ersten zur vierten Juniwoche um rund 900 Millionen RM zugenommen. Hieran wäre, wenn der Notenumlauf auch in diesem Jahr die normale Umlaufausdehnung annimmt und die 40prozentige Deckung eingehalten werden soll, Ende Juni bei einem Notenumlauf von rund 4,4 Milliarden RM ein Gold- und Devisenbedarf von rund 1,75 Milliarden RM erforderlich. Für den 15. Juni wurde ein Gold- und Devisenbestand von schätzungsweise 2 Milliarden RM ermittelt, also ein Bestand, der nur rund 0,25 Milliarden RM über dem bei normalen Umlaufanprüchen notwendigen Bedarf liegt.

Sollte die 40prozentige Mindestdeckung des Noten- umlaufs unterschritten werden, so würde nach den Bestimmungen des § 29 des Bankgesetzes vom 30. August 1924 der Discontofuß mindestens folgende Höhe haben müssen:

| Deckung des Notenumlaufts durch Gold und Devisen in % | Mindestfuß des Discontofußes in % |
|---|-----------------------------------|
| unter 40—37 | einfach 8 |
| 37—35 | 8% |
| 35—33% | 9% |
| 33%—32% | ausch 9% |
| von einfach 32%—31% | 10 |
| 31%—30% | 10% |
| 30%—29% | 10% |
| 29%—28% | 11 |
| 28%—27% | 11% |
| 27%—26% | 12% |

